

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/140

28. Juli 1975

Konjunkturförderung und Entwicklungszusammenarbeit

Ein Gedanke zu einem möglichen Konjunkturförderungsprogramm

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Vertrauen in die Wirtschaftszukunft

Chancen aus einer weltkonzentrierten Aktivität

Seite 3 und 4 / 43 Zeilen

CDU/CSU-Generalangriff auf die Rundfunkfreiheit

Alle demokratischen Kräfte sind zur Verteidigung aufgerufen

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 5 und 5a / 54 Zeilen

Bessere Kooperation Bonn-Frag

Handelsbeziehungen müssen weiter ausgebaut werden

Von Karl Hofmann MdB

Seite 6 bis 8 / 103 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhardt Eckert

5000 Bonn 12, Heuserallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 89 37 - 38
Telex: 03 86 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 65 11

Konjunkturförderung und Entwicklungszusammenarbeit

Ein Gedanke zu einem möglichen Konjunkturförderungsprogramm

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nach Lage der Dinge steht der Bundesrepublik im Herbst ein neues Konjunkturprogramm ins Haus. Zwar ist noch nichts beschlossen, aber man rechnet doch mit einer Finanzspritze in Höhe von vier bis fünf Milliarden DM, von denen die Hälfte, also zwei bis 2,5 Milliarden DM, dem Bund zur Verfügung stehen wird. Damit das Konjunkturprogramm eine optimale Wirkung erzeugen kann, muß jedenfalls der Teil, der durch den Bund geformt wird, folgende Bedingungen erfüllen: 1/ relativ rasche Stimulierung der Nachfrage und damit schnelles Durchschlagen auf die Wirtschaft in Form von Aufträgen, 2/ keine Folgekosten und 3/ keine Zündung eines Inflationsschubs.

Alle drei Bedingungen würden in einem Bereich erfüllt, der bislang in keinem Konjunkturprogramm berücksichtigt worden ist: ein Warenlieferungsprogramm im Rahmen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit der Dritten Welt. Dazu würde der Vorteil treten, daß ein solches Programm keine ohnehin geplanten Ausgaben vorzieht, sondern echte zusätzliche Förderungsmaßnahmen bedeutet, die kein Auftrags- oder Investitionsloch hinter sich herziehen.

Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit liegen zwar keine Voraussetzungen auf Warenhilfe vor, aber dies ist weder üblich noch notwendig. Die Länder der Dritten Welt haben immer großes Interesse an Käufen in der Bundesrepublik gezeigt, und den zuständigen Fachleuten sind auch die aktuellen Warenbedürfnisse in den einzelnen Entwicklungsländern bekannt.

Stünde ein Teil der Mittel des Konjunkturprogramms - beispielsweise eine Milliarde DM - für Warenhilfe zur Verfügung, so könnten gemäß den Erfahrungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit binnen vier bis sechs Wochen die ersten Bestellungen bei der deutschen Industrie einlaufen. Jeder dieser Aufträge sichert nicht nur sofort Arbeitsplätze, son-

dem verstärkt die Chancen von Nachfolgekäufen und damit die Sicherung oder Erweiterung von Märkten.

Soziale Folgekosten, etwa im Rahmen der Entwicklungshilfe, sind nicht zu erwarten, solange die Warenhilfe-Angebote nicht Investitionen einbeziehen, die den bestehenden Rahmen überschreiten; z.B. Straßenbau beim Kauf von Lastkraftwagen durch Warenhilfeleistungen. Maßnahmen im Bereich der Elektrizitätsversorgung, der Lieferung von Ackerbaugeräten oder chemischen Gütern, wie Kunstdünger, wären den Entwicklungsländern willkommen und der deutschen Wirtschaft dienlich.

Die Möglichkeit eines Inflationsschubs als Folge dieser Form der Konjunkturförderung kann ziemlich gering eingeschätzt werden, weil ja nicht die Liquidität der deutschen Wirtschaft erhöht wird, sondern die der Entwicklungsländer, die mit Hilfe dieser Gelder Aufträge ins Land bringen. Aber auch negative Folgen auf die internationale Währungssituation sind kaum zu befürchten: Einmal ist die Bundesrepublik durch die freien Wechselkurse besser gegen den Import von Inflationen zu schützen als vorher, und zum zweiten ist gerade bei den durch Kapitalknappheit und hohe Inflationsraten gekennzeichneten Entwicklungsländern nicht sicher, ob dort ein Zusammenhang zwischen Liquidität und Preissteigerungsrate hergestellt werden kann.

Die Finanzierung von Warenlieferungsprogrammen für die Dritte Welt im Rahmen eines Konjunkturförderungsprogramms ist nicht primär eine entwicklungspolitische Maßnahme, sondern sie soll dem wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik dienen. Dennoch könnte dies ein klassisches Beispiel für eine Aktion sein, die allen Beteiligten zugute kommt. Die Konjunkturprobleme eines Industriestaates werden durch Deckung des Warenbedarfs in der Dritten Welt zumindest gemildert.

Konjunkturförderung mit Entwicklungszusammenarbeit zu verbinden - dieser Gedanke sollte bei den Beratungen im Kabinett über ein neues Konjunkturförderungsprogramm Beachtung finden. (-/28.7.1975/bgy/ee)

+ + +

Vertrauen in die Wirtschaftszukunft

Chancen aus einer weltkonzentrierten Aktivität

Eine realpolitische Betrachtungsweise der wirtschaftspolitischen Wochenendgespräche auf hohem Regierungslevel läßt für den Fall hoffen, daß vereinbart und dann auch realisiert wird, was zwischen Frankreich und der Bundesrepublik einerseits sowie Europe und den USA andererseits vorerst nur verabredet worden ist.

Dabei sollte man sich gewiß darüber klar sein, daß die amerikanische Regierung einfach nicht über ausreichende Mittel und Möglichkeiten verfügt, um den konjunkturellen Ablauf auf dem Binnenmarkt der Vereinigten Staaten so zu steuern, daß außenwirtschaftlich relevante und damit für die europäische und deutsche Wirtschaft bedeutsame Entwicklungen eintreten. Dennoch kann eine sich nun in erkennbaren Umrißen abzeichnende Konjunkturbelebung in den USA soviel Eigendynamik entwickeln, daß die Folgen mit einiger Zeitverzögerung auch in Europa zu spüren sein werden.

Bei aller gebotenen Zurückhaltung darf man also davon ausgehen, daß ein wie auch immer geartetes Konjunkturprogramm der Ford-Administration dazu beiträgt, jenes Klima zu erzeugen, ohne das ganz einfach keine weltweite Belebung der Wirtschaftstätigkeit gedeihen kann. Mit einem real wachsenden Sozialprodukt würde aber auch jene Unsicherheit aus der Wechselkursentwicklung weichen, die zur Zeit noch den Höhenflug des Dollar bestimmt. Eine nachhaltige Kurskorrektur der monetären Einflüsse könnte der wie sonst keine auf den Export angewiesenen deutschen Exportwirtschaft das zur Zeit noch angezweifelte Vertrauen in die Zukunft zu-

rückgeben.

Das gilt in mindestens dem gleichen Ausmaß mit dem dem gleichen Gewicht auch für die französische Wirtschaft. Frankreich - zurückgekehrt in die europäische Währungsachse - wird seine Bemühungen mit denen der Bundesrepublik synchronisieren. Das bedeutet im Klartext: Auf dem größten geschlossenen Markt der deutschen Exportwirtschaft gibt es eine gesteuerte Nachfragebelebung, die sich sehen lassen kann. Hinzu kommt nach der Rückkehr zur Währungsachse noch, daß sich monetäre Handelshindernisse nun eher durch technische Kooperation der Zentralbanken aus dem Weg räumen lassen als zu jener Zeit, wo der Nouveau Franc nicht zum Währungsverbund gehörte.

Überhaupt scheint sich nun allmählich herauszukristallisieren, daß die Bewältigung der weltweiten Konjunkturkrise mehr und mehr zu einer Lösung des seit nun fast fünf Jahren schwebenden Problems des Weltwährungssystems gerät. Eine Wiedererstarkung des Dollar könnte dann auch schließlich jene Gefahr entschärfen, die den in Bonn konzipierten konjunkturellen Wiederbelebungsversuchen droht: Mit einer erneuten Ölpreiserhöhung würde jeder Wachstumsansatz schon im Keim erstickt. Aber wegen eben dieser Gefahr ist es so ungeheuer wichtig, daß sich nach den Abreden auch sichtbare Erfolge einstellen, die in einem Klima wachsender Preisstabilität am besten gedeihen.

Theodor Tremmer
(-/28.7.1975/ks/ee)

+ + +

CDU/CSU-Generalangriff auf die Rundfunkfreiheit

Alle demokratischen Kräfte sind zur Verteidigung aufgerufen

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Serie von Anschlägen auf die Rundfunkfreiheit in unserem Lande und die Funktionsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) aus den Reihen der Opposition hat ihre zu erwartende Fortsetzung gefunden. Es überrascht auch nicht, daß dies aus der Landesregierung von Baden-Württemberg geschieht, deren CDU-Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger nicht nur auf diesem Felde mit Intoleranz und Scharfmacherei Profil sucht.

Das von ihm unzweifelhaft inspirierte und gedeckte Geheimpapier zur Disziplinierung von Anstalten und Institutionen der ARD im Sinne der Opposition verfolgt allerdings nicht mehr allein das Ziel der Einschüchterung von Mitarbeitern des Rundfunks, es trägt vielmehr alle Merkmale der blanken Erpressung. Unter dem scheinheiligen und bewußt mißverständlichen Kriterium der Ausgewogenheit in den Rundfunk- und Fernsehprogrammen - wobei das ZDF-Angebot an Informationen und Meinungen offenbar nicht zur Debatte steht - hat die CDU/CSU ihre Kampagne zur Verunsicherung der auf der Grundlage von Presse- und Meinungsfreiheit und des Informationsrechtes der Bürger arbeitenden Journalisten noch gesteigert. Nach der konzertierten Aktion, die von Dr. Dregger und Weilmann in Hessen, Windelen in Nordrhein-Westfalen, Hasselmann in Niedersachsen und Echternach in Hamburg bzw. Stoltenberg in Schleswig-Holstein auf dem Faulboden der primitiven Medienpolitik à la CDU veranstaltet worden ist, sind die Landesregierungen Bayerns (CSU) und Baden-Württembergs (CDU) mit Drohungen und ultimativen Forderungen an die Adresse der ARD sozusagen amtlich tätig geworden. Wer

die Strukturen und Grundlagen der bewährten 25jährigen Zusammenarbeit in der "Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands" (ARD) kennt, kann darin nur den unverhohlenen und ungehauerlichen Versuch der Erpressung zu politisch-publizistischem Wohlverhalten im Sinne der Opposition sehen.

Hier das Indiz. Aus einer Erklärung der bayerischen Staatskanzlei zitieren wir: "Die Bayerische Landesregierung verfolgt seit längerem mit großer Sorge die Unausgewogenheit und zum Teil mangelnde Qualität des Gemeinschaftsprogramms der ARD" und: "Sollte diesem Anliegen nicht entsprochen werden und keine Verbesserung des Länderabkommens über die Koordination des 1. Fernsehprogramms in Betracht gezogen werden".

Die "Rezepte" für die Verbesserung des Fernsehprogramms der ARD wurden jetzt aus Filbingers Konspirationszentrale gegen die Rundfunkfreiheit nachgeliefert: Die ausdrückliche Ermächtigung für jeden Sender, sich aus dem Gemeinschaftsprogramm auszuschalten und unerwünschte Sendungen durch eigene Beiträge zu ersetzen; die Notwendigkeit einer Zweidrittel-Mehrheit der Intendanten, um "problematische Sendungen" auszustrahlen zu können; und eine Änderung von Standort und Zusammensetzung der Tagesschau bzw. Schaffung einer "süddeutschen Alternative".

Aus München und Stuttgart ist damit offiziell zum Generalangriff der CDU/CSU auf die Unabhängigkeit des Rundfunks und seine Programmhöhe geblasen worden. Im 25. Jahr des Bestehens der ARD sollen ihre Grundlagen ausgehöhlt und ihr Selbstverständnis geschleift werden. In dieser Situation sind alle verantwortungsbewußten demokratischen Kräfte und gesellschaftlichen Gruppen in unserem Lande aufgerufen, den freiheitlichen Rundfunk und seine Funktionsfähigkeit für die Vermittlung von Informationen und Meinungsvielfalt zu verteidigen. (-/28.7.1975/ks/ee)

+ + +

Bessere Kooperation Bonn-Prag

Handelsbeziehungen müssen weiter ausgebaut werden

Von Karl Hofmann MdB

Vor einem Jahr ist mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden der deutsch-tschechoslowakische Vertrag in Kraft getreten. Was ist seit dem geschehen?

Prag hat seither wiederholt erklärt, daß nunmehr der Weg für eine aktive Entwicklung der Beziehungen in allen Bereichen gemeinsamen Interesses frei sei, und daß an einer solchen umfassenden Entwicklung nachdrückliches Interesse bestehe. Diese grundsätzliche Einstellung wurde auch in den Gesprächen, die Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher im März dieses Jahres in Prag führte, deutlich. Beide Seiten sehen die Schwerpunkte der vertraglichen Ausgestaltung des bilateralen Austausches in der industriellen Kooperation, im kulturellen Austausch, in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und in verschiedenen Gebieten des Verkehrs.

Die Düsseldorf-Ausstellung der CSSR, die vor kurzem abgeschlossen wurde, gibt Anlaß, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSSR auf die positive Entwicklung des Vertrages mit Prag abzuklopfen.

Seit dem 1. Januar 1975 besteht ein vertragloser Zustand in den deutsch-tschechoslowakischen Handelsbeziehungen, weil das bilaterale Abkommen vom 17. Dezember 1970 über den Warenverkehr und die Kooperation auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet am 31. Dezember 1974 ereutzlos ausgelaufen ist. Das ist aber bedingt durch den Übergang der handelspolitischen Zuständigkeit auf die Europäische Gemeinschaft (EG). Für die praktische Abwicklung des Handels mit der CSSR bedeutet das wenig, weil sie GATT-Mitglied ist und deshalb für sie das Prinzip der Meistbegünstigung auch ohne bilateralen Handelsvertrag gilt. Die EG hat der CSSR wie den anderen Staatshandelsländern ein Angebot übermittelt, über handelsvertragliche Abmachungen zu verhandeln. Um den Warenverkehr mit den Staatshandelsländern weiterhin zu gewährleisten, führt die Gemeinschaft die in

den Mitgliedstaaten bestehenden Einfuhrregeln einstweilen autonom fort.

Rechtliche Grundlage für die Unternehmenskooperation bildet das am 22. Januar 1975 in Bonn unterzeichnete deutsch-tschechoslowakische Abkommen über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit. In diesem Abkommen, das auch Berlin einbezieht, verpflichten sich die Vertragspartner, die Unternehmenskooperation im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen und zu fördern.

Zu den deutsch-tschechoslowakischen Handelsbeziehungen kann folgendes festgestellt werden:

Im Handel der Bundesrepublik Deutschland mit den osteuropäischen Staatshandelsländern belegt die CSSR zur Zeit mit einem Volumen von 2,8 Milliarden DM im Jahr 1974 die dritte Stelle (hinter der Sowjetunion: acht und Polen fünf Milliarden DM). Umgekehrt steht die Bundesrepublik mit einem Anteil von 5,9 vH am tschechoslowakischen Außenhandelsumsatz an vierter Stelle (nach der Sowjetunion, der DDR und Polen) und ist seit 1971 wichtigster westlicher Handelspartner der CSSR (vor Österreich und Großbritannien). Der Westhandelsanteil der CSSR lag 1973 bei rd. 25 vH und war damit vergleichsweise niedrig (z.B. Polen 40 vH). Das Volumen des deutsch-tschechoslowakischen Warenverkehrs hat sich gegenüber 1973 um 13,7 vH auf 2,8 Milliarden DM (1974) erhöht. Die deutschen Exporte stiegen von 1,49 Milliarden DM im Jahre 1973 auf 1,78 Milliarden DM im Jahre 1974. Die deutschen Importe aus der CSSR nahmen 1974 nur um 4,4 vH zu. Sie stiegen von 991 Millionen DM im Jahre 1973 auf 1.035 Millionen DM im vergangenen Jahr. Die Zuwachsrate hatte 1973 noch bei 14,4 vH gelegen. Im Handel mit der CSSR besteht seit 1963 ein deutscher Ausfuhrüberschuß, der sich in den letzten zwei Jahren erheblich vergrößert hat. Der deutsche Aktivaaldo ist im Jahre 1974 auf 747 Millionen DM angestiegen (1973: 495 Millionen DM).

Fachleute meinen, daß eine Intensivierung der Unternehmenskooperation die Lieferfähigkeit der CSSR steigern könnte. Die industrielle Kooperation mit der CSSR befindet sich im Verhältnis zu den anderen Staatshandelsländern noch in einem Anfangsstadium. Neue Impulse für die industrielle Zusammenarbeit ergeben sich möglicherweise als Ergebnis des Besuchs der hochrangigen Wirtschaftsdelegation der CSSR, die unter Leitung des Prager Außenhandelsministers, Berček, und des Ministers für technische und industrielle Investitionsentwicklung, Šupka, im Januar in der Bundesrepublik mit dem Bundesminister des Auswärtigen, dem Bundesminister für Wirtschaft und dem Bundesminister für Forschung und Technologie sowie mit Vertretern

führender deutscher Industrieunternehmen Gespräche geführt hatten.

Die Möglichkeiten des weiteren Ausbaus der Kooperation werden im Gesamtrahmen des nächsten Fünfjahresplanes der CSSR (1976 bis 1980) zu sehen sein, an dem gegenwärtig gearbeitet wird. Minister Šupka hatte anlässlich seines Januar-Besuches in Bonn als mögliche Sektoren vor allem genannt: Maschinenbau und Elektronik, Metallurgie, Chemie sowie Energieerzeugung und Energieeinsparung.

Bei dem Besuch der CSSR-Delegation in Bonn wurde im Hinblick auf das deutsch-tschechoslowakische Kooperationsabkommen vereinbart, zunächst drei Fachgruppen auf den Gebieten Energie und Chemie, Elektronik und Elektrotechnik sowie Maschinenbau und Metallurgie zu bilden. Ein erstes Treffen einer Fachgruppe zum Thema "Wärmetechnik", auf deutscher Seite von der Wirtschaft gesetzt, hatte im Februar in Prag stattgefunden. Alle Fachgruppen sollten vor der Sommerpause zwei Tagungen abhalten. Ende August 1975 soll dann die Gemischte Kommission auf Beamtenabene zusammentreten. Das Ergebnis der Kommissionstagung wird den Ministern vorgelegt, die aus Anlaß des Gegenbesuchs von Bundesminister Dr. Friderichs möglicherweise während der Brünner Messe vom 10. bis 20. September 1975 zusammenkommen werden. Zur Förderung der Kooperation wurde beim Gatsausschuß der Deutschen Wirtschaft in Köln ein CSSR-Kreis geschaffen, dem rund 150 Unternehmen angehören. In der CSSR besteht die Sektion Bundesrepublik bei der Tschechoslowakischen Handelskammer.

Zusammenfassend kann eine positive Entwicklung in diesem Bereich festgestellt werden. Mit dem schon angeführten Warenverkehrsvolumen von 2,8 Milliarden DM (1974) steht die Bundesrepublik Deutschland an erster Stelle der westlichen Handelspartner der CSSR. Die Zuwachsrate unserer Exporte (plus 19,9 vH) war in den beiden letzten Jahren die niedrigste im Handel mit den Staatshandelsländern. Trotzdem ist - bei deutschen Einfuhren aus der CSSR von 1,035 Milliarden DM - der Handelsbilanzüberschuß auf 747 Millionen DM (1973: 495 Millionen DM) angestiegen. Die Zeit ist überwunden, in der der Handel vor allem mit dem Osten als politische Waffe gesehen und aller Osthandel als "Entwicklungshilfe für den Aufbau des Kommunismus" bezeichnet worden war. Diese damaligen Thesen hatten bereits zu ihrer Zeit von Prof. Baade (SPD) die erforderliche Antwort erfahren: "Jede Verstärkung der menschlichen, kulturellen und vor allem auch wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Welt des Westens und des Ostens trägt dazu bei, diese gesplattene Welt in eine Welt umzuformen, in der es endlich eine Freude sein wird, zu leben und an die Zukunft zu denken." (-/ 28.7.1975/ka/ea)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert